

Stermann, Walter

Article — Digitized Version

## Investitionen bundesdeutscher Banken in Österreich

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Stermann, Walter (1971) : Investitionen bundesdeutscher Banken in Österreich, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 11, pp. 602-605

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134332>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Auslandsbeteiligungen

# Investitionen bundesdeutscher Banken in Österreich

Walter Stermann, Wien

K

Die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich sind von 4,25 Mrd. S im Jahre 1961 auf 10,32 Mrd. S im Jahre 1969 angewachsen<sup>1)</sup>. Die Bundesrepublik lag 1961 mit 9,5 % der Nominalbeteiligungen an fünfter Stelle unter den kapitalgebenden Ländern. 1969 hielt sie mit 27,7 % (2,86 Mrd. S) die Spitze, gefolgt von den USA mit 18,5 %, die 1961 noch mit 27,9 % den größten Anteil aufwiesen, der Schweiz (15,5 %), Großbritannien (8,7 %), Benelux (7,8 %) und Italien (7,0 %).

### Zurückhaltende Kreditinstitute

Der relativ geringe Anteil der Bundesrepublik im Jahre 1961 erklärt sich einmal durch die Maßnahmen gegen das sogenannte „Deutsche Eigentum“ in Österreich nach dem Kriege: Der Großteil der von deutschen Staatsbürgern kontrollierten Unternehmungen in Österreich wurde nämlich von den Siegermächten beschlagnahmt und nach und nach in das Eigentum des österreichischen Staates überführt. Die andere Ursache bestand darin, daß für die Bundesrepublik in der damaligen Phase einer raschen Expansion der Volkswirtschaft aus naheliegenden Gründen Kapitalexperte noch von untergeordneter Bedeutung waren.

Mit wachsenden Zahlungsbilanzüberschüssen und mit dem Schwinden der Ressentiments aus der Nachkriegszeit setzte jedoch eine stärkere Investi-

tionstätigkeit auch in Österreich ein. Der Anteil Österreichs an den gesamten deutschen Direktinvestitionen im Ausland stieg von 3,6 % im Jahre 1961 auf 5,2 % im Jahre 1969. Der überwiegende Teil dieser Direktinvestitionen in Österreich sind Neugründungen von oder Beteiligungen an kleineren und mittleren industriellen Unternehmungen.

Gegenüber den deutschen industriellen Direktinvestitionen sind die deutschen Beteiligungen in der österreichischen Kreditwirtschaft ziemlich bescheiden. 1964 waren es nach einer Aufstellung der Deutschen Bundesbank 11,2 Mill. DM bei einer Gesamtsumme der deutschen Investitionen in Österreich von 306,1 Mill. DM. Seitdem dürfte sich der Anteil an der Gesamtsumme, die im Jahre 1969 auf 924,0 Mill. DM angewachsen ist, sogar noch wesentlich reduziert haben.

Daß in Österreich der Anteil der ausländischen Kreditinstitute im allgemeinen und der der deutschen im besonderen an den Gesamtinvestitionen im Verhältnis zur Industrie so klein ist, hat seine Ursache in der recht unterschiedlichen Aufnahmebereitschaft, die das Land aufgrund gesetzlicher Bestimmungen den beiden Wirtschaftszweigen entgegenbringt.

### Ungünstige Investitionsbedingungen für Banken

Die Zulassung ausländischer Investitionen in die Industrie unterliegt in Österreich grundsätzlich keinerlei Beschränkungen. Der Kauf bestehender Kapitalgesellschaften ist ohne Genehmigung möglich, bei Neugründungen sind lediglich die gewerberechtlichen Vorschriften zu beachten. Auch die Österreichische Nationalbank hat Aus-

*Walter Stermann, 62, Dipl.-Kaufmann, Dr. phil., ist Leiter des Westexportes der Firma Gebr. Böhler und Co., Aktiengesellschaft, Wien. Er war vorher als Wirtschaftsjournalist bei mehreren europäischen Wirtschaftszeitschriften tätig.*

<sup>1)</sup> Vgl. die vor kurzem veröffentlichte Studie der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte: O. Grünwald und F. Lacinna: Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft, Wien 1971.

ländern eine generelle Bewilligung zum vollständigen oder teilweisen Erwerb inländischer Unternehmungen unter der Voraussetzung erteilt, daß die Bezahlung in frei konvertierbaren Währungen erfolgt. Eine individuelle Bewilligung ist nur notwendig, wenn Forderungen aufgerechnet oder Sachen bzw. Rechte eingebracht werden sollen.

Über diese liberalen Vorschriften hinaus werden ausländischen Investoren noch besondere Vorteile dort geboten, wo ein regionales Interesse an Neugründungen oder an der Übernahme stillgelegter Betriebe gegeben ist. Solche Vorteile bestehen in der kostenlosen oder ermäßigten Überlassung von Industriegelände, der zeitlichen Befreiung von öffentlichen Abgaben und der Bereitstellung begünstigter Kredite bzw. der Übernahme der Haftung für derartige Kredite durch Länder und Gemeinden.

Im Gegensatz zu dieser liberalen Handhabung in der Industrie stehen die restriktiven gesetzlichen Bestimmungen für Niederlassungen oder Beteiligungen ausländischer Kreditunternehmen in Österreich. In der Bundesrepublik hat das Kreditwesengesetz (KWG) von 1961 eine Modernisierung und Liberalisierung der aus der Kriegszeit stammenden Originalfassung dieses Gesetzes gebracht. Dadurch ist die staatliche Bewilligungspflicht für die Errichtung von inländischen Zweigstellen ausländischer Kreditunternehmen sowie für die Übernahme dauernder Beteiligungen an inländischen Instituten durch Ausländer abgeschafft und lediglich durch die Meldepflicht über die erfolgte Eröffnung ersetzt worden. In Österreich dagegen ist noch immer das KWG von 1939/1944 fast unverändert in Kraft.

Zwar wurde dem Nationalrat im Mai 1969 vom Finanzminister der damaligen konservativen Regierung zugleich mit einem Sparkassengesetzesentwurf eine Vorlage zugeleitet, die das Gesetz den gegenwärtigen österreichischen Verhältnissen anpassen sollte. Sie wurde aber nicht behandelt. Ein neuer Entwurf wird von der sozialistischen Regierung vorbereitet. Er soll „zu einer Mischung aus notwendigen Interventionsmöglichkeiten und Abgrenzungen auf der einen und wünschenswerter Liberalität auf der anderen Seite kommen“. Ob dabei dem deutschen Beispiel der totalen Liberalisierung in der Niederlassungsfrage gefolgt werden wird, scheint auch im Hinblick auf die sehr unterschiedliche Meinung zu dieser Frage im Kreditgewerbe selbst durchaus fraglich.

#### **Beschränkung der Filialgründungen**

Bislang sind Filialgründungen ausländischer Kreditunternehmungen oder dauernde Beteiligungen an bestehenden Instituten nach den §§ 3 und 4 KWG von einer Genehmigung des Finanzministers abhängig, die aufgrund einer „nach örtlichen und

gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten“ vorgenommenen Bedürfnisprüfung erteilt wird, jedoch auch wieder zurückgenommen werden kann (§ 5). Auch kann nach § 6 die Fortsetzung des Geschäftsbetriebes bei Vorliegen bestimmter Gegebenheiten untersagt werden. Die Bedürfnisprüfung des Finanzministeriums umschließt auch eine Stellungnahme der Verbände des Kreditwesens. Dadurch werden zusätzlich konkurrenzpolitische Aspekte ins Spiel gebracht.

Neben den gesetzlichen Bestimmungen gibt es ein weiteres, sehr wirksames Instrument der Kontrolle von Filialgründungen. Kreditunternehmen und Finanzministerium in Österreich haben ein Abkommen getroffen, welches besagt, daß in einem von den Verbänden gemeinsam beschickten Komitee die von den einzelnen Instituten angemeldeten Zweigstellenwünsche auf ein vom Ministerium akzeptables Ausmaß herabgesetzt werden. So wurden etwa im Januar 1970 die für das gleiche Jahr vorgebrachten Wünsche nach 1103 Zweigstellen auf 356 reduziert und beim Ministerium eingereicht.

Da das KWG und das Zweigstellenabkommen die Übernahme bestehender Institute und deren Weiterführung als Filialen bzw. die Beteiligung an solchen Instituten gegenüber der Erteilung von Konzessionen für Neugründungen stark begünstigt, haben die ausländischen Kreditunternehmungen zum größten Teil ihre Etablierung in Österreich in einer der beiden erstgenannten Formen vollzogen.

#### **Beteiligungen an Universalbanken**

In der Tat gibt es nur zwei kleinere Banken, die sich vollständig in deutschem Besitz befinden. Es ist dies die C. A. Steinhäuser Bank-KG in Wien, die vom Schickedanz-Konzern (Quelle) übernommen und in eine AG umgewandelt wurde und als dessen Hausbank geführt wird. Die andere ist die Salzburger Kredit- und Wechselbank AG, eine Gründung der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank aus dem Jahre 1921, die auch heute noch über eine Schweizer Holding Alleininhaberin sein dürfte.

Zwei bayrische Banken sind an drei zum Einflußbereich der größten österreichischen Bank (Creditanstalt-Bankverein) gehörenden Regionalbanken mit kleinen Beteiligungen engagiert. Sie sind jeweils über eine Aufsichtsratsstelle mit den betreffenden Unternehmen verbunden. Die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank ist mit 10% an der Bank für Kärnten beteiligt, die Bayrische Vereinsbank mit je 5% sowohl an der Bank für Tirol und Vorarlberg als auch an der Bank für Oberösterreich und Salzburg.

Die deutsche Bank für Gemeinwirtschaft hält 6,7% der Anteile der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG

(BAWAG), Wien, die sich – nach dem Kriege als „Arbeiterbank“ vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und von der Genossenschaft österreichischer Konsumvereine (GÖC) gegründet – inzwischen von einer Gewerkschaftsbank zu einer Geschäftsbank mit universalem Charakter gewandelt hat. Die BAWAG-Beteiligung an der Bank für Gemeinwirtschaft beträgt nur 0,37 %, doch ist dabei der Größenunterschied zwischen den beiden Banken (die BAWAG hatte 1970 eine Bilanzsumme von 9,3 Mrd. S) zu berücksichtigen. Die Zusammenarbeit zwischen ihnen ist jedoch intensiver, als es die beiderseitigen Beteiligungen vermuten ließen, da beide Banken Gewerkschaften gehören. Das kommt schon in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Bank für Gemeinwirtschaft nicht nur im Aufsichtsrat, sondern auch im Vorstand der BAWAG vertreten ist.

Die Bank für Gemeinwirtschaft ist auch zusammen mit der BAWAG und der Jugoslawischen Bank für Außenhandel, Belgrad, an einer Gemeinschaftsgründung der Internationalen Handels- und Treuhandgesellschaft m. b. H. (IHT), beteiligt, die stark im Ostgeschäft aktiv ist. Die Berliner Finanzkredit-Bank Dr. Feil & Co. KG hat eine größere Beteiligung am Salzburger Bankhaus Daghofner & Co.

#### **Engagement an Spezialinstituten**

Die Österreichische Verkehrskreditbank AG, die vor allem im Bankstundungsverfahren für Frachten und andere Bahndienstleistungen engagiert ist und an der die Österreichischen Bundesbahnen zu 51 % beteiligt sind, weist neben der Beteiligung der BAWAG, der Girozentrale und des Bankhauses Schoeller auch eine deutsche Beteiligung kleineren Umfangs durch die Deutsche Verkehrskreditbank auf.

Neben einer österreichischen Mehrheit (beteiligt sind das verstaatlichte Österreichische Credit-Institut, die BAWAG, die Genossenschaftliche Zentralbank AG, das Spitzeninstitut der Raiffeisenkassen, und die Bank KG Winter & Co., an der die Uni-Kredit AG, Zürich, eine namhafte Kommanditbeteiligung hat) sowie neben der Banque Worms, Paris, dem Banco di Biscaya (Spanien) und der Philadelphia National Bank hat die Hessische Landesbank eine Beteiligung von 25 % an der im Jahre 1970 gegründeten Internationalen Bank für Außenhandel in Wien. Diese Bank pflegt das internationale (auch Konsortial-) Kreditgeschäft in Zusammenhang mit dem Waren-geschäft. Dabei bedient sie sich der Finanzierungsmittel ihrer Gesellschafter und auch deren weltweiten Bankverbindungen.

Auf dem Sparkassensektor, dem in Österreich vier Institute angehören, davon eines aus der

Sparkassenorganisation, eines aus den ländlichen und zwei aus den gewerblichen Kreditgenossenschaften, ist die Bausparkasse Wüstenrot, Ludwigshafen, an der Bausparkasse Wüstenrot, Salzburg, beteiligt, die als gewerbliche Genossenschaft mit Beteiligung der Großbanken organisiert ist.

Die von der Creditanstalt-Bankverein patronisierten fünf Investmentfonds und die Sparinvest-Kapitalanlagegesellschaft m. b. H., die vier Fonds (Sparinvest, Combirent, Intertrend und Atlas) herausgibt, sind Gemeinschaftsgründungen. An ihnen sind beteiligt die Girozentrale und Bank der österreichischen Sparkassen AG, die Deutsche Girozentrale-Deutsche Kommunalbank, die etwa ein Viertel der Anteile besitzt, die ebenfalls zum Sparkassensektor zählende Steiermärkische Bank Ges. m. b. H., Graz, und die Genossenschaftliche Zentralbank AG, das Spitzeninstitut der ländlichen Kreditgenossenschaften.

Im Leasing- und im Factoringgeschäft sind in den letzten Jahren auch in Österreich eine Reihe von Firmen, meist unter ausländischer Beteiligung, gegründet worden. Eine deutsche Beteiligung besteht hier seitens der Mietdienst GmbH, München, die mehr als 25 % der Österreichischen Leasing-Mietdienst GmbH hält. Beide Firmen pflegen vorwiegend das Leasing von Investitionsgütern.

#### **Motivation der deutschen Banken**

Von den ausländischen Banken sind auf dem Wiener Platz die amerikanischen am stärksten vertreten, und zwar sowohl mit eigenen Filialen als auch über Beteiligungen an österreichischen Banken. Sie verfolgen mit ihrer Niederlassung in Österreich vor allem den Zweck – so wie sie es in anderen westeuropäischen Ländern ebenfalls tun –, die Tochtergesellschaften ihrer amerikanischen Kunden in Europa als Kunden zu gewinnen und bankmäßig zu betreuen. Daneben spielt auch der Wunsch nach Einschaltung in das Ostgeschäft eine Rolle, denn nur die drei größten Banken haben von ihren Stammhäusern her sehr gute Verbindungen nach dem Osten.

Obwohl die deutschen gewerblichen Direktinvestitionen in Österreich 1969 um die Hälfte größer waren als die amerikanischen (2,86 Mrd. S gegen 1,91 Mrd. S), sind die deutschen Banken nicht dem amerikanischen Beispiel gefolgt, den Töchtern ihrer Kunden nach Österreich nachzukommen. Die Gründe für diese relative Zurückhaltung dürften die folgenden sein:

Es bestehen sehr enge, teilweise traditionelle Bindungen zwischen deutschen und österreichischen Kreditunternehmen in der Form eines ausgedehnten gegenseitigen Korrespondentennet-

zes. Deutsche Filialgründungen in Österreich würden durch die Schaffung von Konkurrenzsituationen diese Beziehungen trüben oder sogar zerstören.

Auch wenn man annimmt, daß Ressentiments aus der Nachkriegszeit im Zusammenhang mit der Behandlung deutschen Eigentums keinen Einfluß mehr haben, so ist dennoch der oben geschilderte Prüfungs- und Genehmigungsvorgang für Bankinvestitionen in Österreich nicht dazu angetan, besonders attrahierend auf deutsche Kreditinstitute zu wirken. Das gilt zwar auch für die Amerikaner, doch ist für sie der österreichische Markt sowohl hinsichtlich der Mittelaufbringung als auch der Mittelverwendung interessanter als für die Deutschen.

#### **Verlust an Anziehungskraft**

Das Zinsniveau in der Bundesrepublik war bis 1969 bedeutend niedriger als in Österreich. Daher konnten die deutschen Banken das Aktivgeschäft mit den deutschen Unternehmen in Österreich ohne weiteres in der Hand behalten, weil sie

ihnen günstigere Bedingungen anbieten konnten als österreichische Banken. Seither hat sich zwar das Zinsgefälle umgekehrt. Es wird sich jedoch sehr wahrscheinlich nicht um eine dauernde Umwandlung der Zinsstruktur handeln, so daß das angeführte Motiv auch auf längere Sicht bestehen bleiben dürfte.

Im Zuge der fortschreitenden Entspannung zwischen West und Ost, besonders infolge der Verträge Bonns mit der UdSSR und Polen, hat die Stellung Wiens als internationaler Umschlagplatz für die warenmäßige und finanzielle Abwicklung von Ostgeschäften etwas an Anziehungskraft eingebüßt. Trotzdem bleibt die Stadt wegen ihrer geographischen Lage und ihrer traditionellen Bindungen zum europäischen Osten und Südosten als „Drehscheibe“ interessant – auch für die deutschen Banken, die ihre Kunden im Ostgeschäft betreuen. Sie nützen diese Geschäftsmöglichkeiten jedoch nicht durch die Errichtung von Filialen aus, sondern vor allem durch die Beteiligung an internationalen Gemeinschaftsgründungen in Österreich, die der Förderung des Ost-Westhandels dienen.

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA - INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG - HAMBURG**

## **STANDORTWAHL IM EINZELHANDEL**

von Paul Wotzka

Vor allem großstädtische Einzelhandelsbetriebe stehen im Brennpunkt des tiefgreifenden Wandlungsprozesses, in dem sich der deutsche Handel seit dem Zweiten Weltkrieg befindet. Die Bedeutung der vorliegenden Untersuchung liegt darin, daß sie anstelle einer modelltheoretisch-statistischen Standorttheorie eine empirisch-realistische Standortlehre entwickelt, die auch und im hohen Maße den Anforderungen des Praktikers Rechnung trägt.

Oktav, 518 Seiten, 1970, brosch. DM 42,60

**V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G**